Mitgliederversammlung von DIE LINK. Neukölln am 25.10.2021

Ersetzungsantrag zu “Nein zur Wiederauflage von R2G! Für eine kämpferische linke Opposition!”

Einreicher: Bezirksvorstand DIE LINKE. Neukölln

**Erwartungen an Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und DIE LINKE in Berlin**

DIE LINKE. Neukölln ist von dem zwischen SPD, Grünen und DIE LINKE verhandelten auf Sondierungspapier enttäuscht und sieht darin keine Grundlage für die Bildung einer gemeinsamen Regierung.

Im vorliegenden Sondierungspapier sind zentrale Forderungen, mit denen Hunderte Mitglieder von DIE LINKE. Neukölln im Wahlkampf bei Nachbar:innen, Freund:innen, Familie und Kolleg:innen um deren Stimmen geworben haben, nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Das gilt in erster Linie für den Umgang mit dem erfolgreichen Volksentscheid “Deutsche Wohnen & Co. enteignen!”, aber auch für wichtige Themenfelder wie Stadtentwicklung und Innere Sicherheit.

DIE LINKE. Neukölln erwartet, dass im Koalitionsvertrag die linke Handschrift deutlicher wird und dass

* der erfolgreiche Volksentscheid “Deutsche Wohnen und Co enteignen!” nicht für mindestens ein Jahr in eine Prüfungskommission überwiesen wird, sondern nur, wenn eine klare und schnelle Umsetzungsperspektive gegeben ist. Die vorgeschlagene Kommission hat nicht einmal den klaren Auftrag, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Darin sehen wir eine massive Missachtung des erfolgreichen Volksentscheids und der direkten Demokratie;
* die Vivantes-Töchter sofort in den TVÖD eingegliedert werden;
* die drohende Privatisierung der S-Bahn gestoppt wird;
* die im Sondierungspapier geforderte personelle Aufstockung bei der Polizei zurückgenommen wird. Es braucht stattdessen ein klares Bekenntnis gegen die Razzien gegen Migrant:innen und gegen Videoüberwachung. Auch der versprochene Untersuchungsausschuss zu Nazi- Netzwerken in den Sicherheitsbehörden und dem rechten Terror in Neukölln muss Vereinbarung sein, ebenso wie die Aufhebung des verfassungswidrigen Kopftuchverbots für Lehrerinnen.
* ein echter Paradigmenwechsel in der Berliner Flüchtlingspolitik verankert wird und zukünftig alle aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zur Legalisierung durch ein humanitäres Bleiberecht ausgeschöpft werden.

DIE LINKE. Neukölln wird einen möglichen Koalitionsvertrag auch an diesen Punkten messen und auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung über die Positionierung zum Koalitionsvertrag, eine Abstimmungsempfehlung für den Mitgliederentscheid sowie die Erwartungen an die linken Abgeordneten, die sich im Neuköllner Bezirksverband organisieren, diskutieren und entscheiden.